

Wer mit zunehmenden Nahrungsmittelimporten argumentiert, nimmt die Klimaziele nicht ernst

Erschienen in: Neue Zürcher Zeitung, 26. Oktober 2020, S. 18.

Felix Schläpfer*

Die Klimaziele im Bereich Landwirtschaft und Ernährung können nicht ohne eine Reduktion des Konsums tierischer Nahrungsmittel erreicht werden. Die inländische Produktion und der Import von Fleisch und Futtermitteln werden deshalb zurückgehen. Das von den Gegnern einer umweltverträglicheren Landwirtschaft immer vorgebrachte Argument, dass eine Minderproduktion zu mehr Importen und damit zu einem Export der Umweltschäden führt, hat ausgedient.

Die Schweizer Landwirtschaft produziert auf Hochtouren. Schiffsladungen mit Kraftfutter, Mineraldünger, Treibstoffen und Pestiziden aus dem Ausland ermöglichen immer höhere Produktionsmengen in der Schweiz. Das sichert der Agrarindustrie jedes Jahr höhere Umsätze. Pauschale Subventionen, Zollschranken und weitgehend zollfreie Futtermittelimporte sorgen dafür, dass die Rechnung auch für die Bauernbetriebe halbwegs aufgeht.

Für die Umwelt sind die hohen Produktionsmengen verheerend. Die intensive Landwirtschaft verletzt grossflächig Umweltrecht. Bisher argumentierte die Agrarlobby und mit ihr auch der Schweizer Bauernverband immer damit, dass eine Reduktion der Produktionsintensität zu einer Verlagerung der Umweltbelastungen ins Ausland führe, da wir die hier weniger produzierten Kalorien aus dem Ausland importieren müssten. Unausgesprochenes Fazit: Die fast flächendeckende Verletzung des Umweltrechts müsste in Kauf genommen werden, wenn wir nicht im Ausland zusätzliche Umweltschäden verursachen wollen.

Das Agrarforschungsinstitut des Bundes kommt zum selben Schluss. Die Agroscope fand im Rahmen von Modellrechnungen: nachhaltigere Produktionsweisen und Produktionsmengen, wie sie die Trinkwasserinitiative (TWI) fordert, führen zu mehr Importen, mehr Umweltbelastungen im Ausland und sogar insgesamt zu einer Erhöhung der Umweltbelastungen. Agroscope liefert damit der Agrarlobby im Parlament das perfekte Argument, um Anpassungen in Richtung einer mit dem Umweltrecht konformen Agrarpolitik einmal mehr zu verhindern.

Für die Ergebnisse von Modellrechnungen sind die Annahmen entscheidend. In der Modellwelt der Agroscope gibt es keine bundesrätlichen Klimaziele, keine Verpflichtung der Schweiz zur Halbierung der Nahrungsmittelabfälle, keine Handelsbeziehungen, die gemäss Verfassung «zu einer nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen», und schon gar keine Änderung der Konsummuster.

Dabei setzte schon die Klimastrategie Landwirtschaft von 2011 das Ziel, die Treibhausgasemissionen von Landwirtschaft und Ernährung bis 2050 gegenüber 1990 um zwei Drittel zu reduzieren. Diese Ziele und Verpflichtungen sind nur mit einer namhaften Reduktion beim Konsum tierischer Produkte zu erreichen. Würde die Agroscope die Ziele und Verpflichtungen in ihrer Studie ernst nehmen, würden die Ergebnisse ganz anders aussehen.

Die Importkontingente für Rindfleisch würden gegen null sinken. Die Produktion von Milch, Rinderfleisch und Schweinefleisch, die den Inlandbedarf schon heute weitgehend deckt und teilweise übersteigt, würde zurückgehen. Mit den Tierbeständen würden auch die Futtermittelimporte zurückgehen, und im Inland würden Flächen für die Produktion pflanzlicher Nahrungsmittel frei. Die Umwelt würde entlastet und die Ernährungssicherheit gestärkt.

Wenn wir die Klimaziele in Zukunft ernst nehmen, sind zunehmende Importe schlicht kein Thema mehr. Wir können das Schweizer Umweltrecht auch einhalten, ohne Fleisch aus Brasilien und Milch aus Frankreich zu importieren. Das Argument der zunehmenden Importe hat ausgedient. Der Bund kann bei den Umweltzielen vorwärts machen.

** Felix Schläpfer ist Volkswirtschaftler mit Schwerpunkt Umweltökonomie an der Kalaidos-Fachhochschule in Zürich und Vizepräsident der Denkwerkstatt Vision Landwirtschaft.*